

K-3-1681 Zusammenhalt sichern – niemand bleibt zurück

Antragsteller\*in: LAG GesSoz

Beschlussdatum: 10.02.2021

## Änderungsantrag zu K-3

Von Zeile 657 bis 661:

)

Die tödlichste Droge in Deutschland ist Tabak. Etwa ~~1522~~ Millionen Menschen deutschlandweit rauchen, ~~rund 120 und 127.000~~ Menschen sterben jährlich an den Folgen des Rauchens, ~~viele Millionen~~.

Diesen Tatsachen müssen wir besonders Rechnung tragen, indem wir uns das Ziel setzen, den Konsum von Tabak und verwandten Produkten deutlich zu reduzieren.

Wir wollen das Senatsprogramm „Berlin qualmfrei“ weiterentwickeln und dem Vorbild anderer Weltstädte folgen. Zumindest dort, wo der Senat Einfluss nehmen kann, sollte er sofort handeln: Keine Aufstellung von Aschenbechern an Eingängen der Verwaltung, rauchfreie Parks, rauchfreies Krankenhausgelände, Keine Verkaufsförderung von Tabak- und Nikotinprodukten auf U-Bahnhöfen.

b)

Es darf sich nicht wiederholen, dass die Senatsverwaltung für Gesundheit sogenannte Wohltaten der Tabakindustrie annimmt, wie zuletzt geschehen mit der Lagerung von Corona-Schutzmaterial auf dem Gelände des Tabakkonzerns Philip Morris. Es sind ~~schwer nikotinabhängig~~ die Vorgaben des Rahmenübereinkommens für Tabakkontrolle, die der Bundestag im Jahr 2004 beschlossen hat, einzuhalten.

c)

Die Personalausstattung der Gesundheitsämter und der Senatsverwaltung für Gesundheit ist massiv zu stärken und das Arbeitsfeld der Gesundheitsförderung gerade auch für Tabakkontrolle ist deutlich zu erweitern. Am gefährlichsten für Unbeteiligte ist Alkohol und Millionen Menschen in Deutschland sind medikamentenabhängig. Die am weitesten verbreitete illegale

## Begründung

Zunächst möchte ich sagen, dass ich es für ausgesprochen gut und wichtig halte, dass wir in unserem Wahlprogramm anerkennen, dass Tabak die tödlichste Droge in Deutschland ist. Dies muss aber auch Konsequenzen für eine Tabakkontrollpolitik nach sich ziehen, die ihren Namen verdient. 127.000 Tote jährlich sind nicht hinnehmbar. Um diese Zahl zu reduzieren ist es vor allem notwendig, die Zahl der Raucher\*innen zu vermindern. Die Maßnahmen, mit denen das erreicht werden kann, sind seit langem bekannt und werden in anderen europäischen Ländern mit Erfolg angewandt. Zu diesen Maßnahmen zählt eine Beschränkung des Angebots – Tabakwaren sind Drogen, die in Supermärkten oder Kiosken nichts zu suchen haben. Daher sollte der Verkauf da, wo Berlin eine Handhabe hat, also z.B. auf dem Gelände der BVG, beendet werden. Ausgesprochen wichtig ist auch der Schutz von Nichtraucher\*innen vor Passivrauch. Wer dies möchte, sollte in der Lage sein, ein vollständig rauchfreies Leben zu führen. Dies funktioniert nur, wenn dort, wo Nichtraucher\*innen sich aufhalten, grundsätzlich nicht geraucht wird. Arbeitnehmer\*innen müssen vor Passivrauch geschützt werden, daher sollten wir für ein Nichtraucher\*innenschutzgesetz kämpfen, dass keine Ausnahmen zulässt. Erfolg werden wir auf dem Gebiet der Tabakkontrolle nur dann haben, wenn sichergestellt ist, dass die Senatsverwaltung unabhängig von der Tabakindustrie handeln kann. Dass die Senatsverwaltung für Gesundheit geldwerte Spenden von Philip Morris annimmt, ist ein Skandal ohnegleichen, der die Glaubwürdigkeit staatlichen Handelns auf dem Gebiet der Tabakkontrolle massiv untergräbt. Deshalb sollten wir dafür sorgen, dass dies in Berlin nicht wieder vorkommen kann.

a)

Nach den neuesten Angaben des Deutschen Krebsforschungszentrum sterben in Deutschland 127.000 Menschen jährlich an den Folgen des Rauchens (Tabakatlas Deutschland 2020, S. 55). Es rauchen 22,4 % der Bevölkerung in Deutschland (Tabakatlas Deutschland 2020, S. 42.).

b)

Der Bundestag hat 2004 das Rahmenübereinkommen der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs beschlossen. In diesem Tabak-Rahmenübereinkommen wird dazu aufgefordert, „auf alle Versuche der Tabakindustrie zur Untergrabung oder Zunichtemachung von Bemühungen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs zu achten“.

c)

Die Corona Pandemie zeigt, welche wichtige Rolle der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) spielt. Obwohl das Rauchen alleine gemessen an der Zahl der Todesopfer noch gefährlicher ist als der Corona Virus, wird die Eindämmung des Tabakkonsums bisher nicht als eine wichtige Aufgabe des ÖGD wahrgenommen.